

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh / Einzelpreis 70 Heller

Redaktion und Verwaltung: Prag XII., Fochova 62 - Telefon 53077 - Herausgeber: Siegfried Taub - Verantwortlicher Redakteur: Karl Kern, Prag

17. Jahrgang

Dienstag, 12. Oktober 1937

Nr. 240

## Aus dem Inhalt:

Weitere Verhaftungen  
in der Rutha-Affäre

Henlein beschimpft  
die — Ankläger!

Taub in Aussig:  
„Wir sind gerüstet“

Bergarbeiter  
fordern Lohnrevision

Neue Zeugen im Velgo-Prozeß

## Die Japaner am Huto-Fluß

Tokio. (Havas.) Wie die Agentur Domei meldet, sind die japanischen Vorhuten, nachdem sie sich den Uebergang über den Huto-Fluß erzwingen hatten, in die Stadt Tschitschian eingedrungen.

Schanghai. (Reuters.) Ende der Woche hörten die Regengüsse auf, schönes Wetter setzte ein und damit begannen an der Schanghai-Front in allen Abschnitten die militärischen Operationen, die jedoch noch immer durch das sumpfige Terrain erschwert sind. Die Japaner manövrierten auf dem rechten Flügel der Front, erzielten aber keinen bemerkenswerten Erfolg. Der Gouverneur von Schantung, Hanfisch, über dessen Stellungnahme Zweifel bestanden, hat in der letzten Zeit Ranking sehr warm unterstützt. General Litsunien, der Gouverneur der Provinz Kwansi und früher geschworener Feind Tschangaischels, hat die Rankinger Regierung dahin informiert, daß 200.000 Mann aus der Provinz Kwansi zum Abmarsch auf dem kürzesten Wege an die Schanghai-Front oder nach Nordchina bereit sind.

Schanghai. Sieben japanische Flugzeuge bombardierten Montag nachmittags um 15 Uhr die Stadt Suzhou. Eines der Flugzeuge wurde abgeschossen. Bisher ist es nicht bekannt, wieviel Opfer diese Bombardierung gefordert hat und wie groß der angerichtete Schaden ist.

## Japaner verwenden Gas

London. (Havas.) Bei der chinesischen Botschaft in London traf ein Telegramm ein, das mitteilt, daß an der Schanghai-Front heute 24 chinesische Soldaten an Vergiftungen durch Kampfgas ums Leben kamen.

## Bilanz

Tokio. Wie die Admiralität mitteilt, hat die japanische Marine während des chinesisch-japanischen Konflikts bisher eine Verlustziffer von 1133 Mann und von 39 Flugzeugen zu verzeichnen. Wie die Admiralität weiter berichtet, haben die japanische Flotte und die japanischen Luftstreitkräfte 18 chinesische Kriegsschiffe, darunter sieben Kreuzer und acht Zerstörer, vernichtet sowie 181 chinesische Flugzeuge im Luftkampf und 143 Flugzeuge bei der Bombardierung von Flugplätzen zerstört. Achtzehn chinesische Flugplätze und zehn Munitionsdepots wurden zerstört.

## Pazifik-Konferenz in Brüssel

London. (Eigenbericht.) Die Neunmächte-Konferenz wird nach Brüssel einberufen werden, da Roosevelt die Abhaltung der Konferenz in den USA nicht wünschte. Die Wahl eines amerikanischen Konferenzortes hätte nach Roosevelt's Ansicht den Eindruck erwecken können, die USA wollten sich eine führende Rolle in der Aktion gegen Japan sichern.

## Legitimistische Oppositionsfront in Ungarn?

Der „Pr. Presse“ wird aus Budapest gemeldet, daß Sonntag der Führer der Partei der Kleinen Randwirte Tibor Gardi, der heute allgemein als der Oppositionsführer gegen das Regime Durrani Wehlen gilt, in einer Versammlung in Kövend ein Bekenntnis zur Habsburg'schen Lösung der ungarischen Verfassungsfrage abgelegt habe. Dem Bekenntnis des Kleinbauernführers schloß sich der Führer der Liberalen, Rajkó an, so daß nun die wichtigsten bürgerlichen Oppositionsparteien auf das Programm der Restauration geeinigt wären. Insbesondere überraschte es, daß Gardi von einem bisher nicht bekannt gewordenen Besuch bei Otto von Habsburg berichtete. Er behauptete, daß Otto auf dem Boden verfassungsmäßiger Anschauungen und sozialer Reformen stehe. Ähnlich wie die legitimistischen Führer in Oesterreich es in jüngster Zeit wiederholt getan haben, so sprachen sich auch die ungarischen Legitimisten Sonntag für eine föderative Zusammenarbeit der souveränen Donauraumstaaten und für eine entschiedene Abwehr der nazistischen Einflüsse und des deutschen Imperialismus aus. In eine Wiederherstellung der alten Monarchie denke niemand, aber man müsse wieder zusammenarbeiten.

## Westmächte besetzen Minorca?

London. (Eigenbericht.) Zwischen London und Paris wird seit dem Eintreffen der ablehnenden Antwort Italiens dauernd über die Maßnahmen verhandelt, die nunmehr zu ergreifen sind. In Paris ist die große Mehrheit der Mitglieder des Kabinetts für ein entschiedenes Vorgehen, das heißt für die sofortige Deckung der Borengrenze. Frankreich könne seine Verbindung mit Nordafrika nicht länger der Bedrohung aussetzen, unter der sie derzeit steht. Aber man will andererseits nicht ohne England tun. Die britische Regierung zögert, sogleich die Deckung der Grenze zu erwägen, weil sie dadurch eine nicht wieder zu reparierende Verschärfung des Konfliktes befürchtet. Nun glaubt man vielleicht einen Ausweg gefunden zu haben, indem man zunächst einmal die Insel Menorca, das ist die kleinere, von den Italienern noch nicht besetzte Balearen-Insel, durch französische und britische Truppen besetzen will. Menorca hat eine wichtige strategische Schlüsselstellung und in jüngster Zeit verdichteten sich die Gerüchte, daß die Italiener diese Insel demnächst angreifen würden. Die Franzosen halten die Besetzung von Menorca für das Minimum an Sicherheitsmaßnahmen, deren sie dringend bedürfen.

Beunruhigung wecken in London auch die Meldungen über italienische Truppenbesetzungen nach Libyen, wohin nach offiziellen italienischen Nachrichten neuerlich 5400 Mann von Regadi eingeschifft wurden, insgesamt in den letzten Wochen also 24.000 Mann. Italien hat offiziell erklärt, daß diese Truppenansammlung nicht gegen Ägypten gerichtet sei, sondern mit der internationalen Lage zusammenhänge. Man fragt sich in London, was das zu bedeuten hat.

Der französische Dampfer „Bille Bougie“ wurde Montag von einem spanischen Rebellen-Schiff angehalten. Auf seine Hilferufe erschien ein französischer Zerstörer, der das Franco-Schiff verschleuderte.

London. Ministerpräsident Chamberlain ist anstatt Montag bereits Sonntag abends nach London zurückgekehrt und hat sich unmittelbar nach seiner Rückkehr eingehend über die Lage informieren lassen. Eden, der von Schloß Balmoral aus sowohl mit London als auch mit Paris in Verbindung stand, trifft Dienstag früh zusammen mit der königlichen Familie in London ein. Die internationale Lage gilt als die schwierigste seit der abessinischen Krise.

## Volksfront erfolgreich behauptet

Keine Erfolge der Faschisten und Kommunisten

Paris. Die Parteien der Volksfront haben bei den Kantonalwahlen zusammen etwa zweieinhalb Millionen Stimmen erreicht. Demgegenüber verfügen die verschiedenen Fraktionen der Rechten über etwa 1,2 Millionen Stimmen. Es hat sich also an dem Kräfteverhältnis, das bisher in der französischen Wählerschaft herrschte, nichts zugunsten der Opposition geändert, aber ist die Position der Volksfront noch stärker geworden. Die Radikalen haben überraschenderweise einen starken Stimmenzuwachs zu verzeichnen (rund 200.000 Stimmen), die Sozialisten und Kommunisten halten sich, diese aber weniger gut als jene. Die Sozialisten sind jedenfalls noch immer fast doppelt so stark als die Kommunisten und ungefähr ebenso stark wie die Radikalen. Da nicht das ganze Land gewählt hat und die Wahlkoalitionen oft lokal bedingt waren, läßt sich kein abschließendes Urteil über die Stimmung der Wähler fällen. Am nächsten Sonntag wird das Bild schärfer umrissen sein. Daß die Radikalen sich so gut halten, wird ihre Position in der Volksfront wohl stärken, aber der Volksfront insofern zum Vorteil werden, als die Radikalen gerade dann, wenn sie verloren hätten, sich wieder stärker nach rechts gelehnt hätten.

	Stimmen	Stimm- verhältnis	Stich- wahl
Sozialisten	38 19 14	86	
gemäßigte Sozialisten	1 2 0	4	
Sozialrepublikaner	7 3 4	12	
unabhängige Sozialisten	3 2 7	17	
Radikale	172 29 35	196	
Kommunisten	9 2 1	10	
unabhängige Radikale	51 11 21	33	
Radikale	26 6 0	7	
Linkerepublikaner	107 21 25	55	
rechtsbürgerliche republikanische Vereinigung	188 31 24	53	
Konservative	35 10 4	2	
französische Sozialpartei (de La Rocque)	2 9 0	0	

Die Zusammenzählung der Ergebnisse der Kantonalwahlen und der Arrondissementrats-Wahlen ergibt das Gesamtergebnis der Kantonalrats-Wahlen.

London. (Eigenbericht.) Die französischen Kantonalwahlen können nach dem ersten Wahlgang als ein Erfolg der Volksfront angesehen werden. Bei einer allgemeinen Senkung der Wählerzahl um ungefähr zehn Prozent haben die Volksfrontparteien nur acht bis zehn Prozent, die Rechte teilweise bis 30 Prozent Stimmen eingebüßt. Innerhalb der Volksfront haben die Radikalen am günstigsten abgeschnitten, allerdings haben sie vielfach die Unterstützung der Rechten gegen sozialistische oder kommunistische Kandidaten erhalten. Auch die Sozialisten halten sich sehr gut. Die Kommunisten dagegen haben schlecht abgeschnitten. Eine Entscheidung über die Mandatverteilung wird erst im zweiten Wahlgang erfolgen. Derrist wird im zweiten Wahlgang durchdringen. Dormon, Salengro und andere führende Politiker der Volksfront sind gewählt worden.

## „Wiederherstellung der deutschen Ehre“

Berlin. In Berlin wurde eine Verordnung herausgegeben, daß in jedem Hause besondere Behälter für Altpapier, außer den bereits bestehenden Behältern für die übrigen Abfälle, Hader und Altsachen bereit gestellt werden sollen. Diese Maßnahme wurde im Hinblick auf den Mangel an Holz zur Papierherstellung ergriffen.

Paris. Sonntag starb in Paris der kommunistische Kammerdeputierte und Chefredakteur der „Humanité“ Paul Bailliant-Latourier im Alter von 45 Jahren an Herzschwäche. Er war einer der intellektuellen Repräsentanten und führenden Köpfe des französischen Kommunismus.

## Der Kongreß der Labourparty

A. S. Bournemouth, 8. Oktober.  
Das wichtigste Ergebnis des Parteitag der großen britischen Arbeiterpartei war unzweifelhaft die eindeutige Stellungnahme in der internationalen Politik und der Frage der Landesverteidigung. Nachdem das Programm, das eine kraftvolle Politik vollkommener Sicherheit fordert und daher die Notwendigkeit der britischen Aufrüstung anerkennt, vom Gewerkschaftskongreß in Norwich im September mit überwältigender Mehrheit angenommen worden war, konnte freilich kein ernstlicher Zweifel mehr über die Haltung der Partei bestehen. Dennoch ist die Eindeutigkeit, mit der sowohl die pazifistischen Stimmungen, wie die vorsichtige Zurückhaltung derer abgelehnt wurde, die dieser britischen Regierung keine Rüstungskredite bewilligen wollen, überraschend gekommen. Lansbury, der als Vorsitzender der — man darf es wohl bei allem Respekt sagen — „Blinden“ Partei auf dem Kongreß auftrat, hat zwar jenen freundlichen Empfang gefunden, den die Labourparty ihrem greisen Vorkämpfer und jedem, der mutig für eine von der Mehrheit abweichende Auffassung eintritt, stets reserviert. Dafür war aber die Debatte mehr als eindeutig. Die heftige Ironie, mit der der Arbeiterführer Waller namens der Exekutive die sonderbaren Vorkämpfer des Landbüdels zu den Männern geistete, die für die Ermordung Matteotti und Guffemans verantwortlich sind, wurde vom Parteitag mit höchstem Beifall aufgenommen.

Für jene Gruppe, die zwar die Aufrüstung nicht grundsätzlich ablehnt, aber die Bewilligung der Rüstungskredite an die gegenwärtige Regierung verweigert, die so viel zu dem heutigen Chaos in der Welt beigetragen hat, sprach der Abgeordnete Aneurin Bevan. Es ist bekannt, daß die dieser Standpunkt nicht nur von der äußersten Linken, der Bevan angehört, vertreten wird, sondern auch in der Parteiführung selbst, bei Attlee und Greenwood, den beiden Vorsitzenden der Parlamentarischen Fraktion, viel Verständnis findet. Nur mit knapper Mehrheit konnte Dalton in der Unterhausfraktion vor einigen Monaten seinen Standpunkt, der der Meinung der Gewerkschaften entspricht, gegen Attlee durchsetzen. Wenn der Antrag, die Abgeordneten zu verhalten, gegen die Rüstungskredite zu stimmen, dennoch mit überwältigender Mehrheit abgelehnt wurde, so bedeutet das keineswegs, daß die Bedenken gegen die Außenpolitik der Regierung, besonders was die Vergangenheit betrifft, zum Schweigen gebracht sind, sondern nur, daß man es für unpraktisch hält, die keine Nuancierung des Gedankens — man sei für die Aufrüstung, aber gegen die Außenpolitik, der die Rüstungen dienen sollen — durch eine parlamentarische Abstimmung zum Ausdruck zu bringen. Der Gedanke, den Citrine auf dem Gewerkschaftskongreß aus sprach, mag manchen als Trost gedient haben; daß es jeder britischen Regierung unmöglich wäre, die Waffen entgegen den Ansichten der Arbeiterklasse zu verwenden.

Das Ergebnis der Einheitsfront-Debatte war vorhersehbar. Die Gewerkschaften, aber auch ein ansehnlicher Teil der individuellen Parteimitglieder, halten jegliche Zusammenarbeit mit den Kommunisten für ein Unheil, das die Anziehungskraft der Bewegung für große Teile des Mittelstandes und auch der Arbeiterschaft schwächen müßte. Auf der anderen Seite haben die Vorkämpfer der Einheitsfront einen eindeutigen persönlichen Erfolg erzielt: Sir Stafford Cripps und Professor La Sli sind in die neue Parteiregierung gewählt worden. Daneben hat in der Frauensektion die ebenfalls linksstehende Abgeordnete Ellen Wilkinson gleichfalls den Weg in die Parteiregierung gefunden. In dieser Wahl drückt sich der gestiegene Einfluß der Lokalorganisationen aus, die nach den neuen Statuten zwei Mandate mehr in der Exekutive haben und ihre sieben Vertreter allein, in einer besonderen Wahlsektion des Parteitags, zu bestimmen haben. Ebenso aber äußert sich in dieser Wahl und in der Berufung von Professor Noel Baker und Pritt in die Exekutive der Wunsch, weniger nach einer Radikalisierung der Partei, als nach einem härteren Ausdruck des „fighting spirit“, des Kampfes in der Parteiführung. Es ist bekannt, daß schon seit einiger Zeit — besonders nach dem unbefriedigenden Ergebnis der letzten Nachwahlen — der Wunsch nach einer

kämpferischeren Parteiführung lebhaft geäußert wird. Was die Einheitsfrontpropaganda anlangt, so scheint Cripps sich der veröhnlichen Seite, die in seiner Wahl lag, nicht verschließen zu wollen. Er erklärte, daß er künftig nicht mehr auf der gleichen Tribüne wie der kommunistische Führer Pöhlitz sprechen werde. Mit Zustimmung der Parteiführung wird Cripps nur noch bei einer schon vor dem Parteitag angekündigten Versammlung mit Vertretern der kommunistischen Partei zusammen erscheinen.

So stürmisch und leidenschaftlich die Auseinandersetzungen in der Frage der Aufstellung und der Einheitsfront waren, so einhellig war der Parteitag in der Erörterung aller anderen programmatischen Fragen. Das Sofortprogramm der Partei, die Maßnahmen für die Moskauer Besetzung, die Vorbereitungen für die nächste große Wahlkampagne wurden einmütig im Sinne der Anträge der Parteiführung beschlossen. Die große Kraft, die die britische Arbeiterpartei repräsentiert und die erheblich über ihre parlamentarische Stärke hinausgeht, ist innerlich völlig eins. Alle Hoffnungen und Befürchtungen, die man da oder dort auf innere Gegenätze gesetzt haben mag, sind nach diesem Parteitag zerstreut. Das große Problem der Arbeiterpartei, die brillante und magnetische Führung, bleibt aber weiter offen. Herbert Morrison hat auf diesem Kongress einen imponierenden persönlichen Erfolg erzielt. Durch Dalton neuerdings seine imposante Kraft im Denken und Handeln unter Beweis gestellt, während Attlee sein Verantwortungsgefühl, indem er seine Popularität an erster Stelle verdankt, neuerdings an den Tag gelegt hat. Aber das große Mißtrauen, das seit der MacDonald-Krise das Verhältnis zwischen der Masse und der Parteiführung erschwert, trägt dazu bei, das Führungsproblem in der Arbeiterpartei einstweilen ungelöst zu lassen.

### Erfolg auf Cote 900

Madrid. (Gadax.) Im Norden der Provinz Guadalupe unternahm die Republikaner einen Angriff auf die Cote 900 am Plateau Alcarria, westlich der Straße nach Aragon. In der Dunkelheit der Nacht gelang es ihnen, ein Widerstandsnest zu umzingeln, worauf sie einen Angriff mit Handgranaten unternahm. Nach einem Kampfe von Mann gegen Mann schlugen sie den Feind zurück und setzten sich auf der Cote fest.

Valencia. Das Ministerium für Nationalverteidigung meldet, daß die Aufständischen ihre Angriffe an der Nord- und Ostfront fortsetzten, wo sie einige strategische Punkte besetzten. An der Südfront wurden einige besonders erbitterte Kämpfe geführt. Weiter wird berichtet, daß die Mitglieder der Aufständischen im Raume Casas de Luis mehr als 150 Bomben abwarfen, so daß diese Ortschaft durch Feuer vollkommen vernichtet wurde.

Nach einem Artillerieduell zwischen den beiden kämpfenden Parteien bombardierten die Aufständischen die Madrider Stadtmitte. In der Zeit von 9 bis 11 Uhr fielen zahlreiche Artilleriegeschosse in den Straßen im Zentrum der Stadt nieder. Zahlreiche Personen wurden verwundet.

### Neuer Piratenstreich

Von (Gadax). Auf den spanischen Regierungsdampfer „Cabe San Thome“, der sich auf der Fahrt von Sowjetrußland nach Spanien befand, wurde in der Nähe von Don, etwa 80 Km. von der algerischen Küste entfernt, von zwei unbekanntem Torpedobooten ein Angriff unternommen. Das Feuer der Kriegsschiffe dauerte eine Stunde. Der Dampfer, der getroffen wurde, und in Brand geriet, sandte SOS-Rufe aus und nahm Kurs zum Cap Rosa. Die Torpedobooten verschwanden. Am Nachmittag erfolgte auf dem Dampfer eine Explosion und das Schiff sank. Ein Mitglied der Besatzung fand den Tod, sechs weitere wurden verletzt. Fischer, welche mit ihren Booten in der Nähe des Ortes waren, wo das spanische Schiff überfallen worden ist, teilten mit, daß das spanische Schiff den Angriff mit Geschützfeuer erwiderte, da es selbst bewaffnet war. Der Bericht der Fischer konnte bisher nicht glaubwürdig werden. Der Zustand von zwei der sechs verletzten Matrosen ist sehr ernst.

### Steinwürfe gegen Mosley

London (Reuter). Der Führer der englischen Faschisten Oswald Mosley wurde in Liverpool, als er bei einer Versammlung unter freiem Himmel die improvisierte Tribüne bestieg, von einem Stein getroffen und oberhalb des linken Auges leicht verletzt. An der Versammlung nahmen etwa 8000 Personen teil, von denen über die Hälfte Antifaschisten waren. Die politischen Gegner warfen Steine und Ziegel, wobei eine Reihe von Personen verletzt wurde. Die Polizei verhaftete zahlreiche Demonstranten. Mosley, der durch den Steinwurf das Bewußtsein verlor, wurde im Krankenhaus behandelt. In einem Bulletin wird mitgeteilt, daß Oswald Mosley eine Gehirnerschütterung erlitten habe. Es war notwendig, eine kleinere Operation vorzunehmen, welche einen guten Verlauf nahm.

London. In der kommenden Woche wird General Hill, der Chef der reichsdeutschen Luftflotte, zu Besuch in England eintreffen. Er ist von General Her, dem ehemaligen Kriegsflieger, begleitet, der sein technisches Berater ist.

# Sudetendeutscher Zeitspiegel

## Wir sind gerüstet!

Eine Rede des Abg. Taub in Aussig

Vor tausend sozialdemokratischen Vertrauensleuten des Aussiger Bezirkes hielt am Sonntag der Generalsekretär der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, Abg. Stefan Taub, eine programmatische Rede, deren wesentlichen Inhalt wir im nachstehenden wiedergeben:

### Im Geiste Masaryks

In ersten Stunden großer außenpolitischer Gefahren und schwierigster innenpolitischer Aufgaben, sagte Taub, bekennst sich die deutsche Sozialdemokratie erneut zu den leuchtenden Idealen des unvergänglichen Präsidenten T. G. Masaryk, den Idealen der Humanität, der Demokratie und des Friedens. Sie erklärt ihre volle Bereitschaft und feste Entschlossenheit, der aufrüttelnden Mahnung des Präsidenten der Republik an der Spitze Masaryks Folge zu leisten, aus diesem unseren Platz in Europa einen vollkommenen, harmonischen, sozial, national und politisch gerechten Staat zu schaffen.

Sie will all ihre Kräfte daransetzen, daß der Geist dieser Worte das gesamte staatliche Leben durchdringt. Wenn die Republik darangeht, angesichts der fortwährenden Krisenwirkungen und angesichts der ihr durch die außenpolitischen Verhältnisse aufgedrückten Lösungsaufgaben ihren Staatsaufbau für das kommende Jahr zu regeln, muß auch dies unter dem Gesichtspunkte der sozialen, nationalen und politischen Gerechtigkeit geschehen. Die Sozialdemokratie anerkennt die Notwendigkeit der Ordnung im Staatsaufbau. Diese Ordnung darf aber keineswegs auf Kosten der wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnisse der Bevölkerung herbeigeführt werden.

### Fortsetzung der Friedenspolitik

Die außenpolitische Situation wird durch die Festhaltung des englischen Ministerpräsidenten charakterisiert, daß in Spanien und China große Kriege bereits im Gange sind. Die demokratischen Weltmächte haben sich im rückliegenden Jahre darum bemüht, zu verhindern, daß die ideologischen Gegensätze führen. Die tschechischen Siamen haben diese Bemühungen damit beantwortet, daß sie unter dem fadencheinigen Vorwand des Kampfes gegen den Bolschewismus alle internationalen Konflikte verschärft und immer neue Brandherde geschaffen haben. Dem kann nur durch um so festere Zusammenfassung der Friedensfront begegnet werden. Die Sozialdemokratie erwartet, daß die eindeutige Stellungnahme des Präsidenten Roosevelt gegen die Friedensstörer und Anreger einer aktiven Politik der Vereinigten Staaten zur Sicherung des Friedens und damit das Übergewicht der demokratischen Kräfte wirksam machen wird. Die Sozialdemokratie erachtet es als selbstverständlich, daß die Tschechoslowakische Republik an ihrer bisherigen Außenpolitik, der Treue zum Völkerbund, zu den geschlossenen Verträgen und zu dem Grundsatze der vollständigen Sicherheit aus weiterhin unerschütterlich festhält und sich durch nichts von dieser Linie der konsequenten Friedenspolitik abbringen lassen wird.

### Die Krise noch nicht überwunden

Wohl hat der Aufschwung der Wirtschaft die Arbeitslosigkeit zum erstenmal dem Niveau des Jahres 1931 angenähert, dennoch kann bei einem Arbeitslosenstande von einer Viertelmillion, der noch wie vor zum überwiegenden Teile auf den deutschen Randgebieten lastet, von einer Überwindung der Krise abgesehen nicht gesprochen werden. Es sind daher weitere Anstrengungen erforderlich, um den Export, namentlich durch Ausbehnung der Exporthilfe auf die Textilindustrie, zu fördern und durch Arbeitsbeschaffungsmassnahmen auch in der öffentlichen Hand die Erwerbslosigkeit weiter einzudämmen.

Die immer noch andauernde Not erfordert eine ausstreichende finanzielle Dotierung aller Maßnahmen der sozialen Fürsorge. Die Sozialdemokratie anerkennt auch die Notwendigkeit, neue Einsparungen zu schaffen. Sie müssen jedoch in der Erfassung der Konjunkturermittlung gesucht werden und dürfen nicht den Konsum belasten, zumal da das Einkommen der arbeitenden Bevölkerung den Krisentiefstand noch kaum überschritten hat. Dem Grundsatze, daß die Staatsverteidigung nicht zur Quelle privater Bereicherung dienen darf, würde am besten durch Verwirklichung des Antrages der sozialistischen Abgeordneten auf Verstaatlichung der Rüstungsindustrie Rechnung getragen werden.

### 18. Feber wird verwirklicht

Die Regierung unserer Republik steht hinter den Erklärungen vom 18. Feber. Niemand durfte erwarten, daß alle Forderungen und Verheißungen in kurzer Zeit erfüllt würden. Es gibt Hemmnisse, die erst in gemeinsamer Arbeit beseitigt werden müssen.

Die Vereinbarungen vom 18. Feber, in deren reiflicher und beschleunigter Verwirklichung die deutsche Sozialdemokratie nach wie vor eine der wichtigsten Voraussetzungen für die innere Festigung des Staates erblickt, müssen im Staatsvoranschlag Berücksichtigung finden. Dazu ist die Bereitstellung der

notwendigen Mittel zur Arbeitsbeschaffung in den von der Krise am schwersten mitgenommenen Gebieten erforderlich, wobei insbesondere auf die endliche Durchführung der dringenden Bahnhofsbauteil Bedacht genommen werden muß. Die kulturellen Institutionen der nationalen Minorität müssen im Sinne der Vereinbarungen vom 18. Feber mit den finanziellen Vorkehrungen getroffen werden, um die verhärtete Einstellung der deutschen Beamten in den öffentlichen Dienst zu ermäßigern.

### Abrechnung mit der SdP

Das größte Hindernis der politischen, nationalen und sozialen Befriedung ist und bleibt die Sudetendeutsche Partei. Die Erklärung Konrad Genselns, daß die Sudetendeutsche Partei die „britischste Einheit im Kampfe gegen den Bolschewismus“ darstellt — wobei unter „Bolschewismus“ alles verstanden wird, was nicht eindeutig tschechisch ist, — hat die Sudetendeutsche Partei in aller Form als Werkzeug der tschechischen Mächte deklarieren. Durch ihre nationalpolitischen Anträge hat die SdP unter Verhöhnung aller sozialistischen Gedanken gutes ihren Willen zum Mißbrauch der nationalen Selbstverwaltung zu antidemokratischen und totalitären Bestrebungen offen verkündet. Durch ihre Haltung in den sozialen Konflikten hat sie sich als eindeutig antisoziale Bewegung entlarvt. Darum rufen wir alle Menschen zur Sammlung und zum Vorstoß gegen die tschechischen Kreisläufer auf, denen schon bei den bevorstehenden Gemeindevahlen eine kräftige Abgabe erteilt werden muß. Wir rufen alle demokratischen Kräfte des Landes zur entschlossenen Abwehr und zur positiven Zusammenarbeit auf, zum Kampfe gegen alle tschechischen Drohungen und zur Arbeit für die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse der gesamten Bevölkerung.

### Für ordentliche Wahlen

Wenn die Denkschrift „Mischau“ schreibt, daß wieder einmal Probevahlen stattfinden, und daß die SdP diese Wahlen genau so fegeisch bestreben werde, wie alle vorausgegangenen Proben und Prüfungen, so sei zu sagen, daß unsere Kommunalpolitiker seit Kriegsende Unerbörtes leisteten, und daß wir hochgehobenen Hauptes in den Wahlkampf gehen. Wenn nähere Ermägung, wenn Vernunft im

Wahlkampf ausschlaggebend wäre, dann würden die Wahlen ein getoaltiger Erfolg für die Sozialdemokratie werden.

Von den Behörden muß verlangt werden, daß der unerhörte Terror, der bei den Wahlen des Jahres 1935 sich bemerkbar machte, nicht wiederkehrt. Es ist für staatsreue Menschen unerträglich, mitanzusehen, wie Unternehmern, selbst solche, die Staatslieferungen haben, den schlimmsten Terror gegen ihre Arbeiter antworten und zulassen. Diese Verhöhnung der Gesetzgebung darf unter keinen Umständen geduldet werden. Wir führen den Kampf mit gutem Gewissen. Die Arbeit unserer Gemeindepolitiker, ihre Tätigkeit für in Elend gestürzte Menschen, unsere Sorge um die darbenende, leidende Menschheit, gibt uns die Gewißheit des Erfolges, wir gehen mit gestärkter Kampfesfreudigkeit und in unwandelbarer Treue zum Sozialismus zuverlässig den bevorstehenden politischen und sozialen Auseinandersetzungen entgegen und rufen alle arbeitenden Menschen in Stadt und Land unter die Fahne der Sozialdemokratie zum Kampfe gegen Faschismus und Kriegsgefahr, für Freiheit und Frieden, für die Verwirklichung der Forderungen, für den sozialen Schutz der Massen, für den Sozialismus.

### Kampfbereitschaft des Brüner Kreises

Am vergangenen Sonntag fand in Brünn unter dem Vorsitz des Genossen Edm. Pipal eine Sitzung der erweiterten Kreisleitung der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei statt, die sich mit den bevorstehenden Gemeindevahlen und mit der Herbst- und Winteraktivität befaßte. Das Referat erhaltene Genosse Senator Bellan, der in erschöpfender Weise die innenpolitische und parteipolitische Lage schilderte und daraus die notwendigen Schlüsse zog. In der anschließenden, auf hohem Niveau geführten Debatte, die vom Kampfegeist getragen war, sprachen die Genossen Farka und Finkl, Jovitau, Heger und Marek, Mähr, Trubau, Weisely, Dundenburg, Landsfried, Mikoloburg, Lustig, Jzaim, Hochmann, Niehner und Hötzer, Wünn.

Aus den Berichten der einzelnen Bezirkssekretäre ging hervor, daß in allen Bezirken gute Arbeit geleistet wird, was auch durch die steigende Tendenz der Mitgliedsbeiträge ersichtlich ist. Um diese erfreuliche Entwicklung weiter zu fördern, wurden die erforderlichen Richtlinien für die weitere Tätigkeit gemeinsam erarbeitet.

## Appell aus Reichenberg

Aktivistische Forderungen zum 18. Feber 1937: Herausgabe von Durchführungsbestimmungen im Staatshaushalt 1938

Sonntag vormittags fand im Rathausssaal in Reichenberg eine ernste Arbeitssitzung des deutschen Aktivismus statt. Eine Konferenz der Bezirksstellen der deutschen aktivistischen Parteien des Reichenberger Gebietes befaßte sich mit den bisherigen Ergebnissen der Regierungserklärung vom 18. Feber 1937 und formulierte die nächsten Forderungen des deutschen Aktivismus zur Ausgestaltung und Vertiefung des nationalen Ausgleichswerkes. Der Konferenz kommt dadurch über den Rahmen einer Gebietskonferenz hinaus programmatische Bedeutung zu.

Im Mittelpunkt der Tagung, welche unter dem Vorsitz von Bobek, Frenzel und Heidrich stattfand, stand ein Bericht des Sekretärs der Zentralstelle der deutschen aktivistischen Parteien, Willi Banta. Der Redner behandelte zunächst die wesentlichen Bestimmungen der Regierungserklärung vom 18. Feber 1937 und berichtete auch über die bisherigen positiven Auswirkungen. Eingehend besprach der Referent auch die einzelnen noch ungeklärten Fragen, welche durch die aktivistische Ausgleichsfaktion aufgeworfen wurden. Nach einer kritischen Analyse, die dazu Gelegenheit gab, die Bemühungen der deutschen aktivistischen Parteien um den Ausbau der Regierungserklärung vom 18. Feber 1937 aufzuzeigen, verwies der Redner auf die große staatspolitische Leistung des deutschen Aktivismus für die Tschechoslowakische Republik. Diese Leistung berechtigt uns, die verantwortlichen Stellen im Staate mit allem Nachdruck auf die ersten Folgen aufmerksam zu machen, welche sich aus einer unzureichenden Durchführung der Feber-Beschlüsse ergeben müssen. Der deutsche Aktivismus nimmt für sich das Recht in Anspruch, die hundertprozentige Durchführung der Feber-Beschlüsse zu verlangen.

In der anschließenden Rede sprachen: Stadtrat Friedrich Reichenberg, Bezirksbürgermeister Richter-Reichenberg, Baumeister Richter-Deutsch-Gabel, Bezirksbürgermeister Biemann-Gablens, Geschäftsführer Frenzel-Reichenberg, Goldmann-Reichenberg, Gemeinderat Witmer-Rosenthal I., Bezirksbürgermeister Scholz-Krupan, Bürgermeister Senator Kofka, der die Tagung auch begrüßte, Sekretär Winkler-Reichenberg, Sekretär Red.-Prog., Dr. Emil Kraus-Reichenberg.

Die Konferenz war beispielgebend für den Ernst und das Verantwortungsgefühl, mit welchem diese wichtigen Fragen behandelt wurden. Sie hob sich dadurch wohltuend von den lä-

menden, aber inhaltslosen Kundgebungen der Sudetendeutschen Partei ab, die der sudetendeutschen Bevölkerung bisher nicht im Mindesten geholfen haben.

Die Einstellung des deutschen Aktivismus zu dem gegenwärtigen Stand des nationalen Ausgleiches ist in nachstehender, einmütig angenommener Entschließung festgehalten:

„Die am Sonntag, den 10. Oktober 1937, in Reichenberg versammelten Vertreter der deutschen aktivistischen Parteien stellen nach gründlicher Aussprache über die bisherigen Auswirkungen der Regierungserklärung vom 18. Feber d. J. folgendes fest:

Die Regierungsbefehle vom 18. Feber 1937 wurden von weiten Kreisen der sudetendeutschen Bevölkerung mit Genugtuung aufgenommen, weil darin ein bedeutender Anfang für eine einvernehmliche Gestaltung des Zusammenlebens von Deutschen und Tschechen auf dem Boden der Tschechoslowakischen Republik erblickt werden konnte.

In Erkenntnis der verschiedenen Schwierigkeiten, welche sich einer klaren Durchführung dieser Regierungsbefehle in den Weg stellen, haben die deutschen aktivistischen Parteien in ihrer Zentralstelle und in den Bezirksstellen Organe geschaffen, welche in den zurückliegenden Monaten schon eine bedeutsame politische und sachliche Aufklärungsarbeit geleistet haben, um der Regierung und den staatlichen Behörden bei der Realisierung der Feber-Befehle mit an die Hand zu gehen und dadurch einen wichtigen Beitrag im staatspolitischen Sinne zu leisten. Diese Leistungen der deutschen aktivistischen Parteien berechtigen nicht nur zur scharfen Zurückweisung aller Angriffe der politischen Gegner des deutschen Aktivismus, sondern auch zur kritischen Stellungnahme, die notwendig ist, damit alle Vorkehrungen getroffen werden, welche den Ausbau der Regierungserklärung vom 18. Feber d. J. dienlich sein können.

Es soll konkludente anerkannt werden, daß sich die Feber-Befehle auf verschiedenen Gebieten der staatlichen Administration zweifellos schon günstig ausgewirkt haben. Dabei kann aber die Tatsache nicht übersehen werden, daß sowohl das Tempo, als auch das Ausmaß der Realisierung der Feber-Befehle bisher noch immer unzureichend sind und daß es einer raschen und durchgreifenden Besserung bedarf, wenn der darin angesprochene Grundsatze einer gerechten Proportionalität wirksam werden soll. Um die Realisierung der Regierungserklärung vom 18.

Feber 1937 im vollen Ausmaß sicherzustellen, sind folgende Maßnahmen unerlässlich:

- 1. Herausgabe genauer Durchführungsbestimmungen für alle Zentralämter und untergeordneten Institutionen.
2. Vorkehrungen im Staatsvoranschlag 1938, welche die weitere Aufnahme deutscher Bewerber in den Staatsdienst zur Herstellung der Proportionalität, die Durchführung von öffentlichen Investitionen in den von Deutschen bewohnten Gebieten und die ungeschmälerte Durchführung der Maßnahmen der sozialen Fürsorge und der sozialen Gesundheitspflege ermöglichen.

Darüber hinaus ist die Regelung der Sprachpraxis der staatlichen Behörden im Geiste des 18. Feber und die Berücksichtigung der von deutscher Seite vorgetragenen Wünsche auf kulturellem und schulpolitischen Gebiete sowie eine baldige und zufriedenstellende Lösung der Frage des deutschen Senders von besonderer Wichtigkeit für die Festigung des Staatsgedankens innerhalb der sudetendeutschen Bevölkerung. Der deutsche Aktivismus hat bisher seine Pflicht gegenüber dem Staat weit über seine äußeren Kräfte hinaus erfüllt. Er leitet aus dieser positiven staatspolitischen Leistung das Recht ab, die Regierung auf die ersten Folgen aufmerksam zu machen, welche sich aus einer unangenehmen Durchführung der Regierungsbeschlüsse vom 18. Feber 1937 ergeben müßten. In diesem Sinne erwarten denn auch die in Reichenberg versammelten Vertreter der deutschen aktivistischen Parteien, daß dieser Appell verantwortungsbewusster Funktionäre mit dazu beitragen wird, die Grundzüge der Feberbeschlüsse mehr als bisher auf allen Gebieten der staatlichen Administration wirksam zu machen.

In die Bezirksstellen der deutschen aktivistischen Parteien in Böhmen. Im Anschluß an die Konferenz der deutschen aktivistischen Parteien in Reichenberg sollten weitere Tagungen am 17. und 24. Oktober sowie am 7., 14. und 21. November d. J. in Vodňany, Teplice-Schönbau, Karlsbad, Mies und Böhm. Budweis stattfinden. Mit Rücksicht auf die bevorstehenden Gemeindevahlen nimmt die Zentralkasse der deutschen aktivistischen Parteien von der Durchführung dieser Konferenzen vorläufig Abstand, damit die Kräfte zweckmäßig für den Wahlkampf eingesetzt werden können. Die Bezirksstellen werden später wieder eine Mitteilung erhalten.

Gegen die Kulturdiktatur der SdP

Ernst Paul über die wahren Aufgaben des Volksbildungswesens

In einer gut besuchten Konferenz der Bildungsfunktionäre des Kreises Karlsbad der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, die am 10. d. M. stattfand, referierte der Leiter des Arbeiterbildungswesens Ernst Paul über die Aufgaben und die Probleme der Bildungsarbeit. Im Verlaufe seiner Ausführungen kam er auch auf das öffentliche Bildungswesen zu sprechen. Der Redner setzte sich bei dieser Gelegenheit eingehend mit den Darlegungen auseinander, die vor einigen Tagen der Kulturpolitiker der SdP, Franz Höller, zu diesem Thema von sich gegeben hat. „Wenn Höller“, so führte der Redner aus, „in seinem Prager Vortrag sagte, daß der politischen Bewegung der Vorkang vor allen anderen Dingen und damit auch vor der Kultur gebührt, so lehnen wir diese Kulturdiktatur einer Partei auf das Entschiedenste ab“. Wenn Höller weiter sagte: „mögen die alten Parteien von der gefährlichen „Politikalisierung“ der Kultur weiterhin laut und bernehmlich spinnstieren, die Leistung wird uns jeweils die geschichtliche Rechtfertigung geben“, so ist in dieser eindeutigen Formulierung der Sinn der Kulturziele der SdP klar offenkundig geworden. Die SdP will im kulturellen Schaffen nur das Gelingen lassen, was ihr politisch genehm ist! Wir Sozialdemokraten haben niemals einer Partei verwehrt, ihre Parteibildungsarbeit ausschließlich nach ihren Gesichtspunkten zu organisieren und ihren Bedürfnissen anzupassen. Wir haben uns aber immer dagegen gestellt — und werden dies auch in Zukunft tun —, daß das öffentliche Bildungswesen in den Diensten einer Partei gestellt werde und haben dies auch selbst nie angestrebt. Es gibt zweifellos Bildungsaufgaben, die in völlig überparteilicher Weise erfüllt werden könnten.

Wir erklären also, daß das öffentliche Bildungswesen in allen seinen Bereichen auch in Zukunft unpolitisch sein muß, daß es keiner Partei dienen darf und daß immer nur die großen, sachlichen, wissenschaftlichen und wissenschaftlichen Aufgaben hervorgehoben werden dürfen. So steht wir aber für eine in diesem Sinne gehaltene tatsächliche Neutralität des öffentlichen Bildungswesens ein, treten, so deutlich sprechen wir aber auch unsere Nebezeugung aus, daß es in der Stellung zur Demokratie keine Neutralität geben darf!

Das öffentliche Bildungswesen hat — und dies ist auch der Sinn der Volkshilfsmaßnahmen — mitzulesen, daß unter den Bürgern unseres Staates eine wahrhaft demokratische und humanistische Gesinnung verbreitet werde. Es steht damit auch im Einklang mit den Idealen jener großen Männer, die als die Staatspräsidenten an der Spitze unseres Staates stehen.

Die Ausführungen des Redners fanden die einstimmige Billigung der Tagung.

Weitere Homosexuellen-Verhaftungen

Honoratioren-Söhne aus Freudenthal — 45 Verhaftungen in Nordböhmen — Ein Reichenberger Fabrikant unter den Verhafteten

Die SdP-Homosexuellen-Affäre zieht weitere Kreise. Das sudetendeutsche Gebiet, ohnehin ausgefüllt von den skandalösen Vorgängen, wird durch die Meldung immer neuer Verhaftungen im Zusammenhang mit der Affäre Rutha in Atem gehalten.

Aus Freudenthal wird und berichtet, daß dort im Zusammenhang mit dieser Sache zwei Henlein-Anhänger verhaftet wurden, und zwar der 1918 geborene Kurt Franzke, Sohn eines Bezirksrichters, und der 1906 geborene Wolfgang Heinz, Sohn des Altbürgermeisters und Vorhebers des Bezirksgerichtes. Franzke wurde nach Reichenberg, Heinz angeblich nach Prag in Haft geliefert. Wie die „rote Fahne“ meldet, wurden aus Reichenberg 35 weitere Verhaftete nach dem Verhör in die Verhaftung von Nachbargerichten, insbesondere des Kreisgerichtes in Böhm. Leipa, überstellt.

Alle Beschuldigten, mit Ausnahme Ruthas, haben Geständnisse abgelegt oder wurden durch die Aussagen anderer überführt und in die ordentliche Haft eingeliefert. In die Homosexuellen-Affäre soll auch ein bekannter nordböhmischer Fabrikant und Kinderheimpolitiker verwickelt sein.

Wie der Prager „Montag“ erfährt, sind massenweise Austritte aus der SdP, insbesondere in Reichenberg, angekündigt. Die Verhaftungen sollen nur der Anfang einer Reihe von Maßnahmen gegen kompromittierte SdP-Politiker sein.

Angeichts der Tatsachen und Geschehnisse wirkt die „Führer“-Rede, die am Sonntag beim Erntedankfest in Leitmeritz gehalten wurde, zumindest tragi-komisch. Es ist lächerlich, wenn Konrad Henlein einer Angelegenheit, die bereits vor den Richterstuhl des Volkes gelangt und bei den Berichten anhängig ist, durch rhetorische Ergüsse eine andere Färbung geben will; und es ist tragisch, daß dieser Mann sich augenscheinlich verpekelt fühlt, von seinem Freunde Rutha einerseits das Odium des Skandals zu nehmen, andererseits doch auch gleichzeitig vor ihm ein wenig abzurücken. Es ist komisch, wenn Herr Henlein in dieser Situation an das „gesunde Denken der Bauern“ appelliert, denn gerade weil die sudetendeutschen Bauern gesund sind und gesund denken, werden sie sich von dem Ungeheuer, das da aufsteht, angeekelt abwenden. Und es ist wiederum grotesk, wenn Henlein mit Pathos erklärt, „Rutha, ausgeliefert einem schändlichen Verdacht, muß um seine Ehre kämpfen“; denn schändlich ist das, was mit den halbwegsigen Turschen geschehen ist und aktuell ist der Kampf der Sudetendeutschen um die Ehre, solche Peinbeulen radikal aufzuschneiden!

Es ist uns bekannt, daß im Lager der Wölfschen selber sich längst Leute fanden, die, weil

sie von den Dingen wußten, ihre Vereinerung forderten. Aber um den Deutschen Turnverband herum hat man damals erklärt, die Sache gehe die Herren dort nichts an. Rutha sei eine politische Persönlichkeit und infolgedessen der Fall eine Angelegenheit der Partei. Wessen Schuld ist es also, daß die Sache vor die Gerichte und die breiteste Öffentlichkeit kam? War Herr Henlein wirklich nicht instande, den öffentlichen Skandal zu verhindern, mit dem sich nun auch die Presse des Auslandes bereits eingehend beschäftigt?

Herr Henlein gebrauchte in seiner Rede wiederholt die Wendung „ich fordere“; unter anderem forderte er die „reife Entfaltung der Gründe, aus denen der Verdacht entstand“. Von wem fordert denn Herr Konrad? Zu fordern hat das Volk! Und zwar von Herrn Henlein, daß er darüber Auskunft gebe, was er noch vor der öffentlichen Enthüllung des Skandals sowohl über die Fakten als auch über deren Hintergründe gewußt habe.

Herr Henlein stellt unter anderem fest, daß es „in unserem Volke immer noch Schamfiese gibt“. Es ist nicht schwer, festzustellen, wo diese zu finden sind! Herr Henlein fühlt seine Bewegung, deren Führung und sich selber „mit einem Unnah von Schmutz bedeckt“. Betroffen! Aber die Sudetendeutschen wissen jetzt deutlicher denn je, von wo der Schmutz stammt und wer durch wen davon befudelt wurde.

Die „Zeit“ droht mit Klagen und Herr Henlein spielt den starken Mann. Alle miteinander aber sind sie, wie wir wissen, auf das schwerste konterniert und sie wirken wie Leute, die sich die blasse Furcht vom Herzen schreiben wollen. Aber die SdP kann sich darauf verlassen, daß wir uns durch keine ihrer Drohungen werden einschüchtern lassen. Der Dummstumpf müht er sich trodengelagt und alle müssen ans Tageslicht gesetzt werden, die dort Jugenderziehung spielten.

Komotauer Student unter den SdP-Verhafteten

Unter den wegen Verfehlungen gegen § 109 d. Str.-G. verhafteten Funktionären und Mitgliedern der Sudetendeutschen Partei befindet sich, wie wir aus verlässlicher Quelle erfahren, auch der 18 Jahre alte Komotauer Fritz Gellinck. Student an der keramischen Schule in Berlin. Gellinck ist gleich seinem Vater, einem im Ruhestand befindlichen Ingenieur, Mitglied der SdP. Er lebte ständig in Berlin. Am Mittwoch war Gellinck von einer Familien-Reise zu kurzem Besuch bei seinen Eltern eingetroffen und wollte am Donnerstag vormittags nach Berlin abreisen. Seine Verhaftung erfolgte kurz vor der geplanten Abreise. Der Verhaftete, der im Jahre 1933 auch in die bekannte „Wanderboegel“-Affäre verwickelt war, wurde bereits nach Reichenberg eingeliefert.

Stille um Rutha—Henlein

Wo bleibt die amtliche Berichterstattung?

Dem Herrn Henlein ist es in seiner Leitmeritzer Rede nicht gelungen, seine Mut darüber zu verbergen, daß die Nachricht über die Verhaftungen um Rutha in die Öffentlichkeit gedrungen ist. Wie schön wäre doch eine richtiggehende Presse-Totalität. Die Zeitungen dürften dann nur das schreiben, was der SdP nicht. So aber leben wir immerhin noch in einem demokratischen Staate. Kein Hornensausbruch des Herrn Henlein kann verhindern, daß die demokratische und sozialistische Presse — im öffentlichen Interesse handelnd — über die merkwürdigen Verhältnisse in der Henlein-Partei berichtet.

Die bloße Annahme, daß sich die Verhaftung des Herrn Rutha und seiner Jünger irgendwie totschweigen ließe, ist einfach grotesk. Wenn jemand in diesem Falle Grund zur Befürchtung hat, so nicht Herr Henlein, sondern die demokratische Öffentlichkeit. Wir vermissen bis heute eine amtliche Nachricht über die Verhaftungen und ihre Ursachen. Es ist noch in frischer Erinnerung, wie prompt der amtliche Nachrichtenapparat anfänglich der Beisehung Masaryks funktionierte. Damals wurde die Teilnahme Henleins ex professo gemeldet und sogleich dementiert. Demgegenüber mahlen die amtlichen Nachrichtenmühlen im Falle Rutha mit einer sensationellen Langsamkeit. Die naheliegende Ausrede, daß zuerst das Ergebnis der Untersuchung abgewartet werden müsse, gilt einfach nicht. Zumindestens die formellen Tatsachen hätten der Presse amtlich bekanntgegeben werden müssen, wie es schon in so vielen und minder interessanten Fällen geschah. Man wird demnächst einmal auf parlamentarischem Boden die Frage aufwerfen müssen, wozu denn die Herren im Presse-Departement und im Preßbüro eigentlich bezahlt werden.

„Dinge, die sie ohne Zweifel bemerken mußten“

Die „Kumburger Zeitung“ schreibt zum Homosexuellen-Skandal u. a. dies: „Es obliegt uns nicht, die Angelegenheit, die für den Kameradschaftsbund außerordentlich peinlich ist, zu verkleinern. Die Angelegenheit ist aber für das böhmische Sudetendeutsche Land derart wichtig, daß es uns lieber wäre, wenn wir uns nicht mit ihr beschäftigen müßten. Gewisse Erscheinungen sowohl in der SdP als in der böhmischen Jugenderziehung haben uns allerdings schon vor längerer Zeit auf gewisse moralische und gesellschaftliche Mißstände während der Jahre aufmerksam gemacht. Es war der Kameradschaftsbund (KSB), dem wir in dieser Beziehung Vorwürfe zu

machen hatten; bis auf den Fall Walter Brand hat es uns leider nicht gelungen, die sudetendeutsche Öffentlichkeit zu überzeugen, daß hier Schändlinge am Werke sind. Wir können jetzt wieder aufrichtig sagen, daß uns die Gleichgültigkeit der nationalen Kreise gegenüber diesen Erscheinungen außerordentlich erbittert hat und daß wir zu allererst nicht verstanden haben, daß sich die für unsere Jugend Verantwortlichen nicht gegen diese Dinge gewehrt haben, deren Dasein wir ihnen andeuteten, und die sie ohne Zweifel bemerken mußten.“

Wir klagen Konrad Henlein!

Herr Konrad Henlein hat durch die „Zeit“ anständigen lassen, daß die SdP gegen Lügen u. Denunziationen „Rechtsmittel“ ergreifen werde. In seiner Leitmeritzer Rede hat Henlein über den „Sozialdemokrat“ gesagt, er sei in der Lage gewesen, „schamloser Weise in der niederträchtigsten Form die ganze Angelegenheit zu einer politischen Skandalaffäre aufzubauschen“.

Herr Henlein möge sich beim Schimpfen nur nicht übernehmen! Wer schimpft, hat Unrecht! Und in diesem Falle wird dem Schimpfenden noch das Mißgeschick widerfahren, sich im Gerichtssaal rechtserfahren zu müssen. Wir wollen mal sehen, ob der Herr Führer dort ebenso unentwegt ist wie in Leitmeritz.

Vom Strom getötet. Auf dem Neubau der Spinnerei E. G. Bid in Oberleutenau hatte bei Renovierungsarbeiten der 19jährige Elektrotechniker Franz Hajek die Aufgabe übernommen, den Strom der elektrischen Leitung auszuschalten. Als die bei den Renovierungsarbeiten beschäftigten Zimmerleute am Montag Zweifel begien, daß der Strom tatsächlich ausgeschaltet sei, schlug Hajek auf ein Gerüst und griff mit beiden Händen nach dem elektrischen Draht. In diesem Augenblick ertönte eine starke Detonation und Hajek wurde zur Seite geschleudert. Obwohl sofort Wiederbelebungsbemühungen vorgenommen wurden, konnte nur der Tod Hajeks festgestellt werden.

Der Tod in der Grube. Ein tödlicher Unfall ereignete sich auf der Gewerkschaft „Gustav-Jedek“ (früher Ruppelste Kohlenwerke) in Pöschau. Der Bergarbeiter Ernst Gledner aus Pöschau fuhr um 3 Uhr nachmittags in die Grube ein und wurde ungefähr um dreiviertel 4 Uhr mit seinem Arbeitskollegen, Kohnmeißl, im Abbau verschüttet. Während es der Rettungsmannschaft gelang, Kohnmeißl noch lebend zu bergen, wurde Gledner nur als Leiche ans Tageslicht gebracht. Da von dem Einfallerschlag die zur Arbeitsstelle Gledners ungefähr eine halbe Wegstunde zurückzulegen ist, muß sich das Unglück sofort beim Schichtbeginn ereignet haben. Gledner stand im 50. Lebensjahr und hinterläßt eine Witwe mit vier Kindern, denen sich die Teilnahme der Bevölkerung zuwendet.

Der Kampf gegen Herzkrankheiten und Rheumatismus

(Vom Ministerium für Öffentliches Gesundheitswesen.)

Das ständig ersichende Ansteigen der Sterblichkeit an Herzkrankheiten und rheumatischen Erkrankungen erfordert ein schnelles Einschreiten der öffentlichen Gesundheitsverwaltung. Das Gesundheitsministerium hat schon längere Zeit die Grundsätze eines organisierten Kampfes gegen diese Gefahr der Menschheit verbessert, wie das Minister Dr. Gzech bereits in seinem Exposé vor dem Budgetausschuß angekündigt hat, und hat einen Vertrag aus den Kreisen von Wissenschaften und sozialhygienischen Facharbeitern geschlossen.

In der ersten Sitzung dieses Rates am 11. d. M. kennzeichnete Minister Dr. Gzech die Bedeutung des Problems und die Dringlichkeit seiner Lösung. Nach einem Referat des Sekretäres Dr. Štekl stellte Minister Doktor Gzech das konkrete Programm auf, welches das Gesundheitsministerium in Zusammenarbeit mit allen berufenen Faktoren auf dem Gebiete der Prävention, Therapie und sozialgesundheitslichen Fürsorge in der nächsten Zeit verwirklichen wird. Zu diesem konkreten Programm des Ministers gaben alle Beteiligten ihre einhellige Zustimmung. In der Debatte, an der sich die Herren Minister a. D. Professor Dr. Šrobár, Senator Hadenberg, Direktor Dr. Pleštil, Chefarzt Dr. Křesl, Professor Dr. Prujil, Chefarzt Dr. Hahn, Sekretär Štull, Chefarzt Dr. Bulobský, Professor Dr. Ringr, Chefarzt Dr. Šindler und Professor Dr. Libenštil beteiligten, wurde mit großem Dank die Initiative des Gesundheitsministers begrüßt und die Mitarbeit aller beteiligten Gruppen an der Verwirklichung des Programmes versprochen.

Die Beratung endete mit einem Akkord in der Ueberzeugung, daß die eingeleitete Aktion einen Erfolg bringen wird, wenn der Kampf gegen diese Krankheiten bei unserer ganzen Öffentlichkeit Gehör findet.

Die böhmische Landesvertretung trat Montag zu ihrer diesjährigen Budgetsitzung zusammen, die voraussichtlich bis zum Staatsfeiertag dauern wird. Die erste Sitzung war dem Exposé des Landesfinanzreferenten Dr. Kubista gewidmet. Die Generaldebatte, in welcher für die deutschen Sozialdemokraten Dr. Strauß zu Wort kommt, beginnt heute.



# Volkswirtschaft und Sozialpolitik

## Lohnbewegung der Bergarbeiter

### Die Bergarbeiter fordern Erhöhung der Löhne, Revision der Lohnverträge und Anteil an der Konjunktur

Die koalitierten Bergarbeiterverbände Union der Bergarbeiter und Svaz horniků hielten am Sonntag in Prag eine Reichskonferenz ab, an welcher 104 Delegierte aus dem ganzen Staatsgebiet und Vertreter aller Revierräte teilnahmen. Nach Referaten von Brožík und Dajse und einer Debatte, aus welcher nicht nur die allgemeine Zustimmung zur Einleitung der Lohnbewegung, sondern auch die Taktik hervorging, daß eine Reihe anderer Organisationen die Forderungen der koalitierten Verbände übernimmt, wurde einstimmig folgende grundsätzliche Entscheidung angenommen:

Die Senkung der Lebenshaltung der Bergarbeiter äußert sich in den Bergbaurevieren in einem noch nie dagewesenen Maße. Dieser Zustand ist die Folge der in der Zeit der Krise durchgeführten Lohnkürzungen und hauptsächlich in der schon seit dem Jahre 1930 anhaltenden Beschränkung der Anzahl der Förderer. Daraus resultiert eine Senkung der Bergarbeiterlöhne, die oft sogar die Hälfte des normalen Verdienstes ausmacht. In zahlreichen Braunkohlengruben werden auch jetzt noch 3 bis 4 Schichten in der Woche befahren. In den letzten zwei Jahren gesellte sich zu der Kürzung der Löhne die Steigerung der Lebenshaltungskosten, welche ständig zunimmt und infolge der verkürzten Verdienste um so drückender auf den Bergarbeitern lastet.

### Die Besserung der Absatzverhältnisse in der Bergbauindustrie

Die seit der zweiten Hälfte des Jahres 1936 feststellbare, merkliche Besserung des Absatzes von Kohle, Erzen und Mineralien weist im heurigen Jahre einen weiteren Fortschritt auf. Einen direkten Reford erstellte die Steinkohle. Im Vergleich zum Vorjahre weist die Steinkohlenförderung eine Erhöhung um 47,3 Prozent, die Erzeugung von Grubensatz sogar um 76,5 Prozent auf. Die Steinkohlenförderung und die Kohlerzeugung haben damit den Stand des Jahres 1929 bereits überschritten. Dagegen ist die Zahl der beschäftigten Arbeiter nur um 2,9 Prozent gestiegen. Bei der Braunkohlenförderung, die eine Steigerung von 21 Prozent erfahren hat, ist die Zahl der beschäftigten Arbeiter um 1,7 Prozent gestiegen.

### Erhöhte Arbeitsleistungen der Bergarbeiter — Herabsetzung der Betriebskosten

Wenn wir die Steigerung der Förderung mit der Anzahl der beschäftigten Arbeiter vergleichen, so ergibt sich, daß diese Produktionssteigerung durch eine höhere Arbeitsleistung der Bergarbeiter bedingt ist. Gegenüber dem Jahre 1929 beträgt die Steigerung der Arbeitsleistung pro Kopf und Schicht im Steinkohlenbergbau 41 Prozent (im Ostböhmer Revier sogar 50 Prozent), im Braunkohlenbergbau 20 Prozent. Daraus erklärt sich, daß — abgesehen die Steinkohlenförderung des Jahres 1929 bereits überschritten wurde — die Zahl der im Steinkohlenbergbau beschäftigten Arbeiter um 16.000 oder um 28,7 Prozent gesunken ist. Im Braunkohlenbergbau, dessen Förderung gegen das Jahr 1929 ein Einlen um 21 Prozent aufweist, ist die Zahl der beschäftigten Arbeiter um 10.000 oder um 27 Prozent zurückgegangen.

Die ständig steigende Leistung der Bergarbeiter, welche ein rapides Sinken der Anzahl der Beschäftigten zur Folge hatte, verbilligt durchgreifend sämtliche Betriebskosten, von denen allein die Lohnkosten, einschließlich der Naturalbezüge, im Jahre 1936 um mehr als 500 Millionen Kč, d. h. 40,9 Prozent, gegenüber dem Jahre 1929 gesunken sind. Außerdem weist der Verbrauch der wichtigsten Materialien im Bergbau im Jahre 1936 gegen das Jahr 1929 eine Herabsetzung im Werte von 237,5 Millionen Kč, d. h. 46,6 Prozent auf. Diese Verbilligung tritt auch bei den Werken mit eingeschränktem Betriebe in Erscheinung.

### Die Forderungen der Bergarbeiter

Die angeführten Tatsachen beweisen, daß das spontane Verlangen der Bergarbeiter nach Lohnsteigerung und ihre Forderung nach Revision

und Ergänzung der Lohnverträge in der Weise, daß deren Umgehung durch einseitige Auslegung unzulänglicher oder unklar formulierter Bestimmungen seitens der Unternehmer unmöglich gemacht wird, nicht nur vollumfänglich gerechtfertigt und dringend notwendig, sondern auch durchaus realisierbar sind. Es handelt sich hier nicht allein um die Milderung der rapiden Herabsetzung des Lebensniveaus der Bergarbeiter, sondern auch um ihren entsprechenden Anteil an der erhöhten Produktivität der Betriebe, die vor allem durch die Leistungssteigerung der Bergarbeiter erzielt wurde. Durch diese, mit erhöhter physischer und geistiger Anstrengung verbundene Leistungssteigerung wird auch das Arbeiterisiko und damit die Krankheits- und Unfallgefahr erhöht.

Die Reichskonferenz beauftragt die koalitierten Bergarbeiterverbände, den Grubenbesitzern aller Bergbaureviere in der kürzesten Zeit die Forderung nach Lohnsteigerung und Revision der Lohnverträge zu unterbreiten. Die Reichskonferenz erwartet die Erfüllung dieser Forderungen nicht nur aus den oben angeführten Gründen, sondern auch deswegen, weil die Erhöhung der Löhne und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen bereits in allen Industriezweigen durchgeführt worden sind.

Die Reichskonferenz fordert alle Bergarbeiter zur Einigkeit und zur Bereitschaft auf für den Fall, als die Verhandlungen über die Erfüllung ihrer Forderungen durch den Widerstand der Grubenbesitzer bedroht sein sollten.

Vor der eigentlichen Eröffnung gedachten die Vorsitzenden Brožík und Jinner des Präsidiums Rasaral. Die Anwesenden hörten die Kundgebungen lebend an und bewahrten dann eine Minute Stille.

Die Referate zu dem einzigen Tagesordnungspunkt „Die Situation im Bergbau und die Lohnforderungen der Bergarbeiter“ boten eine Analyse der Situation, wie sie sich für die Bergarbeiter in der Zeit der Krise herausbildete, sowie eine Erklärung aller Erfahrungen, die in dieser Zeit infolge der einseitigen Auslegung einiger Unklarheiten in den Kollektivverträgen gewonnen wurden. Beide Referenten behandelten sodann im Detail die eigentliche Aktion, die von dem Motto geleitet wird, daß auch den Bergarbeitern ein Anteil an den erhöhten Gewinnen aus der neuen Konjunktur gebühre. Mit dem Hinweis darauf, daß in der gegenwärtigen Konjunktur die Verhältnisse in den einzelnen Revieren verschieden sind und deshalb auch die Forderungen, die aus den einzelnen Revieren eingingen, verschieden sind, empfahlen die beiden Referenten, daß die Aktion einheitlich in allen Revieren, und zwar gleichzeitig in der Woche nach der Konferenz eröffnet, sodann aber in jedem Revier entsprechend den speziellen Verhältnissen in den einzelnen Revieren einleiten soll. Sie empfahlen die Einhaltung des üblichen gewerkschaftlichen Vorge-

## Sabotage der Versorgung mit Schweinefleisch

Wir haben vor einigen Tagen auf die Nationen der bekannten agrarischen Kreise hingewiesen, die durch einen Boykott des Marktes die Verbraucher unter das Joch ihrer egoistischen Interessen drücken wollen. Seither hat sich die Situation nicht gebessert, sondern nur geklärt. Die Märkte werden — sicher nicht zufällig — nicht besetzt, die Preise werden hinaufgetrieben, und so sinnlos es ist, werden auch die Importe von ausländischen Fettschweinen gedrosselt. Der Mangel an Fettschweinen wächst, während in den Stationen die plombierten Waggons stehen und die Ware nicht ausgeladen werden kann, weil das Syndikat die notwendigen Bewilligungen nicht erteilt.

Die Agrarier sprechen immer wieder von großem Bestand an inländischen Schweinen und leiten daraus ihre Forderungen nach Schutz für den Produzenten ab. Ueber die Planlosigkeit, die bei uns auf dem Gebiet der Schweineproduktion herrscht, haben wir schon wiederholt und zuletzt in dem eben erwähnten Artikel gesprochen. Heute wollen wir nur nochmals die Frage stellen, die bis heute unbeantwortet geblieben ist. Wenn tatsächlich eine Heberproduktion an inländischen Schweinen besteht, warum halten die Agrarier den Produzenten ab, die Schweine auf den Markt zu bringen? Wenn die Behauptungen über den zu großen Schweinebestand wahr sind, ist es dann nicht klar, daß hier ein schändliches Spiel mit den Konsumenten getrieben wird?

Widerprüchlich wie hier ist diese agrarische Politik auch dort, wo es sich um die Schweine-einfuhr handelt. Es ist doch Tatsache, daß es sich bei der Einfuhr um Fettschweine handelt, die im Inland nicht in genügender Maße gezüchtet werden können — bei der inländischen Nachhandlung es sich um Fleischschweine — und daß der Einfluß der Einfuhr auf die Preise der inlän-

dens, das die Ausübung aller gesetzlichen Mittel erfordert, was bedeutet, daß, wenn irgendwas die Verhandlungen mit den Bergwerksbesitzern zu keinem Ziele führen würden, die Revierbergämter und zum Schluß eventuell auch das Ministerium für öffentliche Arbeiten, um Interventionen ersucht werden. Die Bergarbeiteraktion muß, nach den Worten der Referenten, ihr Vorgehen im Hinblick auf die gespannte internationale Lage insofern einhalten, damit die Gegner der Republik nicht von einem Chaos bei uns sprechen können. Dieser Vorgang wird auch für die Bergarbeiter sprechen und die Referenten sind davon überzeugt, daß die Öffentlichkeit die Aktion der Bergarbeiter mit Sympathie begleiten wird.

In der Debatte waren durchwegs Kundgebungen, die ihre Zustimmung zum Ausdruck brachten. Für das Ostböhmer Revier, in welchem spezielle Verhältnisse gegeben sind, sprachen im Verlaufe der Debatte auch die Vertreter des kommunistischen Industrieverbandes, sowie auch ein Vertreter der Nationalen Vereinigung (Národní družni) und des christlichen Bergarbeiterverbandes. Auch sie sprachen sich für das angeordnete Vorgehen der koalitierten Bergarbeiterverbände aus und vertrugen ein solidarisches Vorgehen. Der kommunistische Vertreter sprach lediglich sein Bedauern darüber aus, daß in dieser Aktion nicht auch über die Kürzung der Arbeitszeit gesprochen wurde, was hierauf eingehend Abgeordneter Brožík erläuterte, der erklärte, daß die Arbeitszeitkürzung so wichtig ist, daß sie gesondert einer Lösung zugeführt werden müsse, ebenso wie die gegenwärtige Lohnaktion nicht von einer anderen Frage beschwert werden könne.

## Ausland

### Das „befriedete“ Abessinien

London. Die „Times“ berichten über andauernde Guerilla-Kämpfe in Abessinien. Das Blatt verweist darauf, daß bei dem kirchlichen abessinischen Angriff auf Addis Ababa 200 Italiener getötet worden seien. Der Besuch Grazianis in Assab, welcher vornehmlich der Inspektion der im Bau befindlichen Straße Assab-Deffie dienen sollte, mußte wegen der Unruhen verschoben werden. Auch auf der Straße Addis Ababa-Massawa wurde fortgesetzt gekämpft, da sich hier die abessinischen Heberfälle immer häufiger ereignen. Das Blatt bemerkt, daß in Abessinien Knappheit an Lebensmitteln herrsche, weil bloß die Einfuhr aus Italien zugelassen sei. Ansonsten habe sich im Verlaufe der italienischen Kolonisierung ein

# Billiges Licht?



Jede Osram-D-Lampen-Verpackung trägt dieses Zeichen

— dann mit innenmattierten OSRAM-D-Lampen beleuchten!  
OSRAM-D-Lampen sind von unübertroffener Qualität, sie nutzen den Strom bestens aus und verwandeln ihn in mehr Licht.

# OSRAM-D

die Dekalumenlampe mit dem Garantiestempel für hohe Wirtschaftlichkeit.

bedeutender Kapitalmangel eingestellt, welcher im Wirtschaftsleben des Landes stark fühlbar sei. Der „Daily Telegraph“ berichtet aus Neapel, daß mehrere italienische Truppen-Transportschiffe nach Italienisch-Ostafrika im Zusammenhang mit den schweren Unruhen in Rasalle in Nord-Abessinien abgegangen seien.

### Die Abschichtung der Abessinier

London. Die „News Chronicle“ berichtet, daß 5000 Abessinier kürzlich durch die italienischen Strafexpeditionen getötet worden seien. General Graziani habe angeordnet, daß bei der Unterdrückung der Guerilla-Kriege in Abessinien keine Milde walten solle.

### Verstimmung Vatikan-Mussolini

Rom. Der im „Popolo d'Italia“ veröffentlichte, „Europa und der Faschismus“ betitelte Artikel, der fast allgemein Mussolini zugeschrieben wird, erweckt in den vatikanischen Kreisen Aufmerksamkeit, hauptsächlich wegen des Satzes, in welchem „einigen Katholiken“ gedroht wird, daß der Faschismus mit ihnen nach seiner Weise abrechnen wird. Einige italienische Kreise sprechen die Vermutung aus, daß dieser Satz jene katholischen Kreise im Ausland betrifft, die mit den linksgerichteten politischen Parteien gegen den Faschismus zusammenarbeiten. Doch wird diese Vermutung im Vatikan nicht für berechtigt erachtet. Eher ist man der Ansicht, daß „Popolo d'Italia“ einige katholische Kreise in Italien im Sinne hatte. Möglicherweise sollte dies eine Antwort auf die letzte Enzyklika des P. P. Paters sein, die in der faschistischen Partei keinen allzu günstigen Widerhall gefunden hat, und vielleicht ist es auch eine Antwort auf einen Artikel der katholischen Tageszeitung „Avenire d'Italia“, der anlässlich des Aufenthaltes Mussolinis in Berlin den Standpunkt der italienischen Katholiken zur Verfolgung der deutschen Katholiken in Erinnerung bringt und forderte, daß das Neubeitendum in Deutschland auf das italienische Kulturleben keinen Einfluß habe. Die vatikanischen Kreise versichern, daß der Vatikan ruhig und ohne jegliche Sorgen abwarten will, bis dieser im „Popolo d'Italia“ veröffentlichte Artikel gehörig erläutert werden wird. Insofern wird dem Artikel keine allzu große Bedeutung beigemessen.

### Römische Pakte wanken

Die der Budapest Korrespondent des „Neuen Wiener Abendblatt“ berichtet, nimmt man in Budapest mit großer Wahrscheinlichkeit an, daß die Italiener von der bis zum 15. d. M. ausübenden Option auf 600.000 Meterzentner ungarischen Weizens keinen Gebrauch machen werden. Die ungarische Weizenausfuhr nach Italien wird demzufolge heuer stark zurückgehen. Die Einschränkung des Bezuges ungarischen Weizens von Seiten Italiens wird zu manchen Änderungen des Römer-Paktes führen. Diese Einschränkung soll auch bei den Wiener Verhandlungen der österreichisch-ungarischen Kommission eine Rolle spielen. Man spricht von einer Reform des Römer-Paktes.

### Die Windsors in Berlin

Das DRB meldet: Der Herzog und die Herzogin von Windsor trafen Montag vormittags um 8 Uhr 45 Minuten in der Reichshauptstadt ein. Auf dem Bahnhof waren Reichsorganisationsleiter Dr. Leu und Hauptmann Wiedemann von der Adjutantur des Reichsfanzlers zur Begrüßung erschienen. Sowohl auf dem Bahnsteig als auch auf dem Bahnhofsvorplatz wurde dem Herzog durch die Berliner Bevölkerung ein herzlicher Empfang zuteil. Auf seiner 12tägigen Deutschland-Reise wird der Herzog zunächst zwei Tage der Reichshauptstadt widmen.

Man erhält für	Kč
100 Reichsmark	638.—
100 Markmünzen	705.—
100 österreichische Schilling	526.50
100 rumänische Lei	16.15
100 polnische Zloty	515.50
100 unarische Pengö	549.50
100 Schweizer Franken	656.50
100 französische Francs	94.95
1 englisches Pfund	140.50
1 amerikanischer Dollar	28.45
100 italienische Lire	123.40
100 holländische Gulden	1578.—
100 jugoslawische Dinare	60.05
100 Belgas	479.—
100 dänische Kronen	628.—

